

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Ellersfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootboor, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Verantwortl. Redacteur: H. D. Stöcker in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Wochenpreis: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 31. Juli. Wie der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ meldet, behält Se. Majestät der Kaiser auf der Jagd „Hohenzollern“ Wohnung und nimmt dort die laufenden Vorträge entgegen. — Gestern speiste Se. Majestät bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen von Wales auf der königlichen Jagd „Deborne“. Heute schiffte sich Seine Majestät auf der Jagd „Britannia“ ein. — Der Zollkrieg zwischen Deutschland und Rußland ist eröffnet. Die Konsequenzen aus dieser Thatsache werden zu ziehen sein.

Zunächst erscheint es unerlässlich, wenn die Erhöhung der Zölle für die Einfuhr russischer Produkte, namentlich russischen Getreides, um 50 Prozent ihre Wirkung nicht verhehlen soll, daß keine russische Waare mehr unter fremder Flagge die deutsche Grenze passiert. Dazu ist es erforderlich, daß die deutschen Konsuln sich nicht bloß nach der formellen Nichtigkeit der ihnen vorgelegten Ursprungszeugnisse richten, sondern die Ursprungsbezeichnung nicht eher anerkennen, als bis sie sich selbst von der Provenienz der Waare überzeugen haben. Man darf annehmen, daß klare und bestimmte Befehle nach dieser Richtung bereits ergangen sind.

Sobald aber kommt die Behandlung derjenigen Sendungen in Betracht, welche auf dem Zollausfuhr geschlossenen Abmachungen beruhen. In Interessententum, namentlich in solchen, welche der Börse nahe stehen, wird schon jetzt dafür plaidiert, die vor der Erhöhung der Zölle transportierten Sendungen nach dem Beispiel von 1885 und später ohne Zollausfuhr nach Deutschland einzuführen.

Um die Wirkung der beantragten Maßregel richtig zu beurteilen, wird man sich erinnern müssen, daß 1887 dadurch der volle Eintritt der Wirkungen der Zollserhebung um nahezu ein ganzes Jahr hinausgeschoben wurde. Die Ursache liegt vornehmlich in den Verzögerungen bei der Zollabfertigung. Diese sind seit jener Zeit nur noch größer geworden. Würde die Einfuhr vor der vereinbarten Sendungen zu dem alten Zollsatz gestattet werden, so würde ganz ohne Zweifel der größte Teil der jetzigen Güter nach dem alten Zollausfuhr eingeführt werden. Wird doch Noggen von der Berliner Börse heute bereits pro November und Dezember 1893, Weizen sogar bis 1894 notirt. Rußland würde das Nachsehen haben. Der Zweck des Zollkrieges wäre daher, soweit Deutschland in Betracht kommt, ganz vereitelt.

Ohne Zweifel werden manche Börseninteressenten verlegen sein, wie gerathen, auch verfahren wird; allein diese sind doch nicht entscheidend, wo es sich darum handelt, eine das Ganze der Nation berührende Maßregel der Zollpolitik festzusetzen. C'est à la guerre comme à la guerre. Das Wort bleibt, wenn man den Krieg erfolgreich führen will, wahr.

Der „Wagb. Ag.“ wird geschrieben: „Die Frage der Totalitarsteuer hat in der Presse lebhafteste Erörterungen hervorgerufen, und eine Anzahl Einwände sind, wie nicht anders zu erwarten, erhoben worden. Zunächst ist darauf hingewiesen, daß die Einführung der Steuer Schwierigkeiten habe, ein Beamtenheer erforderlich u. s. w. Heute, die wohl niemals einen Nennplatz erreicht haben, können mit verächtlichen Grinsen kommen, die Totalitarsteuer hat eben den großen Vortheil, daß sie nicht einen Nennplatz einbringen kann.“ Die Reumverwaltung hat einfach 33 1/2 Prozent von der am Totalitar angelegten Summe an die Staatskasse abzuführen. Durch Anschlag wird bekanntlich amtlich bekannt gegeben, was bei jedem Nennplatz eingebracht ist. Als zweiter Einwand wird angegeben, daß durch Hebung der Totalitarsteuer das Buchmachereisen effizient gefördert werden würde. Es ist eben die Vorbereitung der Einführung der Totalitarsteuer, daß die Buchmacher von den Nennplätzen verwiesen werden. Die Buchmacher sind alle bekannt; nur auf den Nennplätzen selbst können die Geschäfte machen. Durch höhere Zölle, als der Totalitar giebt, kann der Buchmacher die Betenden auch nicht anlocken, denn er würde dabei sich ruinieren. Von dritter Seite ist nun behauptet worden, daß auf den Nennplätzen die Verluste und Gewinne sich infolgedessen ausgleichen, als der Teil des Publikums, der heute gewinnt, morgen verliert, und um jedem Nennplatz die Zahl der Verlierenden und Gewinnenden etwa gleich sei. Das ist grundfalsch. Das Gros des Publikums verliert und die in die Totalitarsteuer eingehenden Spieler und Buchmacher gewinnen, so daß sie bald zu großem Reichtum und zu förmlichem Vermögen gelangen. Mit einzelnen Beispielen anzuzeigen, ist nicht schwer. Die Verhältnisse auf den Berliner Nennplätzen sind mit den in der Provinz und im Reich in keiner Weise in Parallele zu stellen, in der ständigen Berliner Luft gedeihen Tausende von Sumpfpflanzen prächtig, die anderswo nicht fortkommen können; diese hypermäßig gedeihenden Individuen sind nicht, aber sie eilen recht viel in die Scheuern; jede Arbeit ist ihnen ein Genuß; der Totalitar, der Nennplatz nicht ist prächtig. Die Totalitarsteuer wird nirgendwo Gegner finden; und sagt man sie richtig an, dann reichen noch nicht 20 Millionen, die sie dem Reich einbringen.“

Ueber den Empfang des Fürsten Bismarck in Stettin wird von dort geschrieben: Mit dem Nachmittags 3 Uhr von Hannover her kommenden Schnellzug traf am Sonnabend auf seiner Reise nach Königsberg der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck auf unserm Bahnhof ein. Die Nachricht von der Durchreise hatte sich schon am Morgen durch die Stadt verbreitet, und so waren, trotz des starken Regenwetters, viele Tausende von Menschen herbeigeströmt, um den gelehrten Mann zu begrüßen. Kopf an Kopf standen unter der großen Halle und außerhalb derselben die Menge gedrängt, an vielen Stellen so dicht, daß der Einzelne sich nicht zu rühren vermochte. Der Magistrat der Stadt und das Bürgerwehrbataillon waren in corpore erschienen, die Universität war durch den jetzigen Rektor Professor Friedr. Merkel und eine größere Anzahl von Professoren vertreten. Die Vertreter der städtischen Korporationen waren in Misch. Auch viele Damen waren erschienen. Als mit einer Versammlung von etwa 20 Männern der Zug in die Halle eintrat, erdrönte ein nicht endemöllerndes Hoch. Der Fürst, der, das Haupt mit einer grünen Mütze bedeckt, am Fenster stand, erwiderte durch diese großartige Huldigung tief ergriffen. Es zuckte in den gewaltigen Zügen und die Hand über das Auge, wie um eine Thräne wegzuwischen. Als der Wagen stand, begrüßte der Professor Professor Merkel den Fürsten im Namen der Universität als ihren höchsten Hohen und brachte ein dreifaches Hoch auf ihn aus. Bismarck nahm darauf die Mütze ab, beugte sich aus dem Wagenfenster und sprach mit allerdings nicht sehr vernünftiger Stimme etwas Folgendes: „Er danke herzlich für die freundliche Begrüßung in der alten Hafenstadt. Vor sechzig Jahren sei er in die Thore von Göttingen eingezogen als flatter, frischer Student, und er müsse sagen, von allen den Orten, denen er seine Bildung verdanke, sei ihm Göttingen noch jetzt der liebste, da so schöne Jugenderinnerungen ihn an unsere Stadt bänden. Zu viel gearbeitet freilich habe er hier nicht. Jetzt sei die Zeit eine andere, die erfordere auch von der studierenden Jugend ernstlichen Fleiß. Man werde jetzt so viel von einem Normalarbeitsmaß. Auch der Student müsse sich einen solchen angewöhnen, wenn auch nicht von acht, so doch von vier Stunden. Das mache in vier Studientagen mehr als 4000 Arbeitsstunden, und in solchen könne man recht viel lernen. Er erwidere die freundliche Begrüßung mit einem Hoch auf Göttingen und die Studentenschaft. Daß in dieses Hoch freudig eingestimmt wurde, versteht sich. Danach ergreift Oberbürgermeister Merkel das Wort zu einer Begrüßung im Namen der Stadt. Mit lauter, weit vernehmbarer Stimme begrüßte er in dem Fürsten den alten Göttinger Studenten den größten deutschen Staatsmann, der mit dem Heilwaiser Wilhelm I. das deutsche Reich deutscher Nation aufgerichtet habe, Göttingens größten Ehrenbürger, und mit ihm die Frau Fürstin, die die große Mission als deutsche Frau so herrlich erfüllt habe, indem sie in den Jahren des Ringens und Kampfes ihrem Gatten treu zur Seite gestanden. Im Namen der Frauen und Jungfrauen überreichte er der Frau Fürstin ein prachtvolles mit den Farben der Stadt geschmücktes Bouquet. Ein eben so schöner Strauß wurde dann noch von einem Mitgliede des Corps Hannovera, dessen alter Herr Fürst Bismarck ist, der Frau Fürstin überreicht. Nach diesen offiziellen Begrüßungen unterließ sich jedoch der Fürst noch zuwagend mit denen, die dem Wagen am nächsten standen. Die besten Willen des Turnvereins Chernisia veranlaßten den Fürsten, als seien es die Farben der Hannovera und der Fürst meinte, früher seien doch die Farben etwas anders gewesen. Darauf hin wurde ihm eine Mütze des Corps Hannovera gereicht und mit freudigem Schellen erkannte er nun die alten Farben. Die Mütze zurückreichend bemerkte er scherzend, die, welche zu seiner Zeit getragen worden, hätten doch besser gelacht. Dann kam er auf das Duellwesen und sagte, er habe als Göttinger Student schon eine Umgestaltung des Duellwesens geplant und dem damaligen akademischen Senate eine Denkschrift darüber eingereicht. Darauf rief Professor von Wilmowitz-Müllendorf, der vorjährige Rektor, dem Fürsten zu: „Zunächst, Durchlaucht, diese Denkschrift befindet sich noch, von Ihrer Hand geschrieben, bei unsen Ältern.“ „Sehen Sie wohl!“ erwiderte der Fürst. Als Oberbürgermeister Merkel dann den Wunsch aus sprach, der Fürst möge doch auf der Rückreise von städtischen Göttingen einen Besuch abstatten, erklärte dieser, er würde das ja gern thun, sei aber leider nicht im Stande, denn zunächst müsse er Leipzig besuchen, wo er einen Besuch fest zugesagt habe. Nach einem Aufenthalt von etwa zwanzig Minuten setzte sich der Zug wieder in Bewegung, um über Vebra den Fürsten nach Eisenach zu bringen. Bei dem Abgang der umgehenden Menschenmenge konnte der Zug sich nur langsam in Bewegung setzen und so wurde auch der Fernersehen der Göttinger, dem am Fenster verbleibenden Fürsten und der Fürstin zugunsten. Und das geschah denn auch in allerhöchster Weise. Ein einfaches Hurrah erklang aus vielen Tausenden und setzte sich noch weit außerhalb der Halle an den Uferbergen über die Bahn fort, wo ebenfalls im strömenden Regen Scharen von Menschen standen. Der Fürst sah ungemein wohl aus, viel wohler als vor Jahren, da er unsere Stadt passierte.

Die Londoner auswärtige Amt hat den Abderergesellschaften und sonstigen Geschäftsfreien, welche den Handelsverkehr Großbritanniens mit dem Auslande vermitteln, bekannt gegeben, daß es sich nicht in der Lage sehe, mit den Regierungen anderer Staaten wegen Gefährdung einzelner Ausnahmen von allgemein erlassenen Anwartsanverträgen zu Gunsten britischer Schiffe zu verhandeln. In Fällen, wo gegründeter Anlaß zu der Vermuthung gegeben sei, daß durch solche Anwartsanverträge bestehende vertragmäßige Abmachungen beeinträchtigt würden, empfehle es sich für die zunächst betroffenen Interessenten, sich, der Zeitersparnis halber, direkt mit dem diplomatischen Vertreter Englands bei der Regierung des betreffenden Staats in Verbindung zu setzen, da die diplomatischen Auslandsvertretungen volle Instruktionen erhalten hätten, alles, was in ihren Kräften stehe, zu Gunsten gefährdeter englischer Interessen in solchen Fällen anzubieten.

Die Entwicklung der deutschen Hochseefischeret in der Nordsee charakterisiren folgende Zahlen: Die Zunahme der Fischdampfer hat im Jahre 1892 im Ganzen 21 betragen, der Raumgehalt weist eine Steigerung von 14 463 auf 22 365 Kubikmeter auf. Im ganzen laufen in der Nordsee Nordseefischflotte seit dem 1. Januar 1893 59 Dampfer, wovon 4 für Altona, 10 für Hamburg, 3 für Cuxhaven, 38 für Bremerhaven-Gesellschaft, 2 für Bremen, 1 für Emden und 1 für Albede eingetragen sind. Die Zahl der Segelfahrzeuge ist von 408 auf 396, ihr Gesamtumfanggehalt von 32 622 auf 32 744 Kubikmeter herabgegangen. Der Durchschnittsraumgehalt ist für das einzelne Fahrzeug von 82 auf 83 Kubikmeter gestiegen.

Die Lage der Dinge in Siam ist durch die Annahme der französischen Forderungen seitens dieses bis zu einem Punkte ihrer Entwicklung geführt, wo die Eventualität einer unmittelbaren kriegerischen Wendung vorläufig beseitigt erscheint. Nachdem Siam, wie Pariser Journalisten sich ausdrücken, vor Frankreich vollständig kapitulirt hat, erfüllt für letzteres auch die Veranlassung zu bedauerlichen Einfällen gegen die Siamesen und damit erbeigten sich auch gewisse auf das internationale Gebiet hinüberziehende Probleme, insbesondere auch die Frage nach der Handhabung des blocaus pacifique, bekanntlich ein unter den Theoretikern wie nicht minder auch den Praktikern

des Völkerrechts noch sehr strittiges Thema. Sind doch noch nicht einmal die Grenzen des Begriffs „blocaus pacifique“ mit hinlänglicher Schärfe gezogen, um alle Meinungsverschiedenheiten fern zu halten. Es sei hier nur des Punktes gedacht, der sich auf den Völkerebene seitens der Schiffe eines neutralen Landes bezieht. Selbst wenn man zugeben wollte, daß Schiffe unter neutraler Flagge mit Recht durch den Völkerebene zurückgehalten werden können, so unterliegt es doch andererseits keinem Zweifel, daß einem solchen Schiffe, welchem es gelungen ist, die Blockade ungehindert zu passieren und in einen blokierten Hafen einzulaufen, seitens des Völkerebene nachträglich nichts mehr geschehen kann, aus dem einfachen Grunde, weil bei einem friedlichen Völkerebene vom Völkerebene keine Rede sein kann. Indessen, wie gesagt, diese ganz ungenügende und anspruchsvolle Materie ist in Folge der Unterwerfung Siams unter das französische Ultimatum aus dem Kreise der schwebenden Probleme ausgeschieden.

Etwas anderes ist es mit der Frage nach der Tragweite der von Siam an Frankreich gemachten Koncessionen. In dieser Hinsicht muß immer wieder daran erinnert werden, daß i. Z. England das linke Ufer des oberen Mekong zwar an Siam abtrat, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß von Siam dieses Gebiet nicht weiter abgetreten werden dürfe. Nach dem Rechtsgrundsatz nun, daß jemand einem andern nur das abtreten kann, worüber ihm selbst die freie Verfügung zusteht, würde also erbelnen, daß die siamesischen Gebietsabtretungen am linken Ufer des Mekong, soweit jene Länderstrecken zu dem vornehmlich englischen Besitzthum gehören, keineswegs unanfechtbar und einwandfrei erscheinen, ganz abgesehen davon, daß außer England auch noch China in Betracht zu ziehen wäre, dessen Interessensphäre gleichfalls in jene Gebiete hinüberreicht, welche unter den französischen Forderungen in Siam figuriren. Wie wiederholen: zwischen Frankreich und Siam ist in Folge der Unterwerfung des letzteren unter das französische Ultimatum jeder direkten friedlichen Verbindung einwillen vorgebeugt, aber die Affaire als solche ist so lange nicht als beendet anzusehen, als die Auseinandersetzungen der französischen mit den englischen und chinesischen Interessen am Oberlauf des Mekong noch unerledigt sind. Man wird deshalb in der Vermuthung kaum fehlgehen, daß die siamesische Frage sobald noch nicht von der politischen Tagesordnung verschwinden dürfte.

Kiel, 31. Juli. Die in England erbaute Dampfschiffe „Morgana“ des Herzogs von Cambridge traf heute Morgen ein und geht Abends nach Kronstadt weiter.

Altona, 31. Juli. In letzter Nacht ist die hiesige Expert-Maschinen- und Bierbrauerei von G. Raefel, große Elbstraße, vollständig niedergebrannt. Die gesamte Altonaer und Dittener Feuerwehr, sowie zwei Züge der Hamburger Feuerwehr mit zwei Dampf- und zwei Schiffsprisen beschränkten in vierstündiger, angestrengter Thätigkeit das Feuer auf seinen Herd. Obwohl mehrere gefährliche Mauereinstürze erfolgten, ist doch Niemand verletzt worden.

Posen, 31. Juli. Aus Petersburg wird gemeldet: Nachrichten ausländischer Blätter gegen über wird offiziell mitgeteilt, daß die Grenzwaache nicht verstärkt werden, sondern nur eine eingetragene Reorganisation erfahren wird. Zu den diesjährigen Herbstmanövern in Polen, welchen der Zar beizuwohnt, kommt eine größere Anzahl höherer französischer Offiziere an.

Köln, 31. Juli. Der frühere deutsche Reichstags-Abgeordnete Dr. Witte ist heute hier gestorben.

Essen a. d. Ruhr, 31. Juli. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge ist der Durchschlag in der Nachtstunde zwischen Zeche „Schamrock“, Schacht 1 und 2 der Bergwerksgesellschaft „Diberna“, bei Herne und „Schamrock“, Schacht 3 und 4, nach 31-jähriger Arbeit ohne jeden Unfall vollzogen worden.

Hannover, 31. Juli. Das ehemalige Mitglied des Abgeordnetenhauses, Raster Pfaff in Osterbruch, ist gestern, 82 Jahre alt, gestorben. Der Verlebte gehörte dem Hause der Abgeordneten von 1883-1891 an und vertrat den 2. Stader Wahlkreis (Neustadt a. d. Oste-Hadeln).

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberale Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Wien, 28. Juli. Die liberale Partei macht alle Anstrengungen, sich an die Spitze der politischen Agitation in allen Provinzen Oesterreichs zu stellen, um im gegebenen Momente die Volksmassen mit sich fortzuführen und den Einfluß der Kirche und des Episkopats nach Möglichkeit zu stärken. Die Zeitverhältnisse und die politische Lage begünstigen diese Bewegung, die vornehmlich der liberalen Partei in Oesterreich gefährlich zu werden droht. Schon seit Langem hat sich der Alarms in den gemäßigten slawischen Provinzen der nationalen Bewegung angeschloffen, und die Kirche hat es verstanden, sich in allen slawischen Ländern von der steigenden Fluth tragen zu lassen. Der Gedanke, im österreichischen Parlamente eine Zentrumspartei nach deutschem Muster zu schaffen, konnte zwar bisher noch immer nicht verwirklicht werden; dafür geht das Streben der Bischöfe dahin, womöglich in den einzelnen Landesvertretungen solche Zentrumspartheien zu schaffen und durch deren Mitglieder die Regierung zu größerem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der kirchlichen Kreise zu veranlassen. Wir sehen überall Alerte und Slawen geeizt, u. A. dem Fortschritt auf dem Gebiete der Schule Hemmnisse in den Weg zu legen. Vornehmlich ist es der liberalen Partei gelungen, die kleinen Gewerbetreibenden im Schlepptau zu bekommen und sie für ihre Agitation gegen die liberale Partei auszunutzen. Die Ultramontanen sind recht vorfichtige Leute. Die Hälfte der sechsjährigen Legislaturperiode des Reichsraths geht zu Ende und darum empfiehlt es sich jetzt schon, die künftigen Wahlen vorzubereiten. In Oesterreich, dem Reiche der Unwahrscheinlichkeiten, kann man ja auch nie voraussagen, ob nicht plötzlich Verhältnisse eintreten, welche eine unvorhergesehene Auflösung der Reichsvertretung veranlassen. Einem solchen Momente wollen die reaktionären Fraktionen gerüstet gegenübertreten. Das erklärt die fortwährende ärmliche Agitation ihrer Führer, der eine geräuschlose aber nicht minder mächtige Wahlarbeit des hohen Klerus zur Seite steht. Die Kirche, die immer über Armut und unzureichende Geldmittel klagt, findet Geld in Pille und Zille, um in allen Provinzen liberale Organe zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen und an zahllosen

Orten die Agitation zu nähren. Es kann auch gar nicht gelugnet werden, daß die Macht des Klerus in den letzten Jahren nicht gewachsen ist und daß die Volksmassen dem geistlichen Kommando zu gehorchen sich gewöhnen. Man staunt, wenn man sieht, welchen Einfluß die Geistlichkeit gewonnen hat und wie eingeschüchtert jene Kreise sind, die sich noch vor wenigen Jahren offen als Gegner der ultramontanen Bewegung gezeigt haben. Daß es ein kleines Häuflein Liberaler gewagt hat, dem Schöpfer des Reichsvollstehungsgegesetzes, dem unvergesslichen Hasner in Pöchl, dem bekannten oberösterreichischen Kurorte, wo Hasner begraben liegt, ein bescheidenes Denkmal zu setzen, hat den Zorn der gesammten Klerikal- und ihrer Affiliirten bis ins Unabsehbare gesteigert. Die liberale Majorität der Gemeindeverwaltung von Pöchl hätte den Grund für das Monument gewiß nicht beschafft. Man erwarte hierzu ein Grundstück aus dem Privatbesitz eines liberalen Herrenhausmitgliedes, des bekannten Kunstmäcens Dumba, und hielt im geschlossenen Kreise eine Enthüllungsfest ab, in welcher der Präsident des Abgeordnetenhauses Baron Schumacher, der Historiker Arndt u. A. in schwingenden Worten das Andenken Hasner's und seine Verdienste um Volkswohl und Volksbildung priesen. Daß bei dieser Gelegenheit auch der Chef der politischen Verwaltung dieses Bezirkes, Freiherr von Nibelburg, den Muth hatte, dem Schöpfer des Schulgesetzes und dessen epochenmachendes Werk mit Begierde zu pfeifen, das hat unsere Klerikalen in Harnisch gebracht; es vergeht nun kein Tag, ohne daß ihre Organe in Tönen der tiefsten Entstellung gegen die Regierung loszulegen, die es gestattet, daß ein kaiserlicher Beamter ungefragt die vom Kaiser sanktionirten und heute noch in Geltung stehenden freikirchlichen Schulgesetze löst, zumal in einem Lande, das bereits eine liberale Landesvertretung besitzt und dessen Mandatsträger im Reichsrath zu den Dispositionen der ultramontanen Partei gehören, welche bringend die Beilegung dieses Schulgesetzes verlangt. Selbst der Bischof von Linz ließ es sich bei seinem letzten geistlichen Priesterjubiläum nicht nehmen, gegen das Fiskal Fest zu setzen. Man droht der Regierung mit Fehde, falls sie für die vermeintliche Kränkung der liberale Partei nicht eine entsprechende Sühne schafft, ja als das Mindeste wird die Erziehung der Aufzucht des Reichsraths in Aussicht gestellt. Vorläufig denkt jedoch Graf Taaffe nicht im Entferntesten daran, das Haus aufzulösen und sich der Last einer Neuwahl des Parlaments zu unterziehen. Auch die Drohung der Klerikalen ist kein Grund, ihn hierzu zu veranlassen, und so wird diesen nichts übrig bleiben, als die Agitation als Arbeiter zu betreiben. Graf Taaffe mag sehen, wie er sich dieser Opposition noch eine Zeit lang entwindet.

Wien, 31. Juli. Gestern ist hier die offizielle Verlesung von Petersburg eingetroffen, daß Österreich-Ungarn gegenüber der russische Maximaltarif nicht angewendet werden wird. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen beiden Ländern, ohne bisher in eine entscheidende Phase getreten zu sein.

Prag, 30. Juli. Der Prozeß gegen die 54 Arbeiter, welche Sonntag, den 2. Juli d. J., nach Abhaltung einer unerlaubten Versammlung verhaftet worden waren, wurde heute Mittag nach dreitägiger Verhandlung geschlossen. 35 der Angeklagten wurden wegen Auslassens zu dringlichem Arrest verurtheilt und die übrigen 19 freigesprochen. Sämmtliche Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt.

Frankreich.

Paris, 28. Juli. Die Vertreter der Pariser Gruppe der sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei (Marxisten) bewährten gestern den „Nationalrath“ der Partei im Café du Globe unter dem Vorsitze des Abg. Lafargue. Dieser prophezeite in seiner vaterländischen Weise, die bevorstehenden Wahlen würden von den hundert sozialistischen Kandidaten mindestens dreißig in die Kammer bringen, deren Hauptaufgabe sein wird, die Wahlen von 1898 anzubahnen. „Und diese Minorität wird so genant sein, daß sie die Kammer beherrschen wird. Und dann erst beginnt die soziale Revolution, welche den Frieden in Europa und das Glück der Menschheit sichern wird.“ Dann holte auch Jules Guesde zu einer langen Rede aus, in der er sich über die Bildung der Partei, ihr Programm, das Eigentumsrecht, die Leitung der stehenden Kammer, den Internationalismus erging. In der Einleitung stellte er „mit Stolz und Zuversicht fest, daß die Arbeiterpartei in den Wahlen von 1893 zum ersten Male von einer Falsifikation zu einer allgemeinen Überzeugung, was ein Beweis ist der weitverbreiteten und mächtigen Wurzeln, welche die wahre Revolution heute in der öffentlichen Meinung hat.“ Die Hauptpunkte des Programms sind nicht neu: der Kapitalismus und die jetzigen Verhältnisse müssen abgeschafft werden und einer gerechten Vertheilung der Güter weichen. Wie die Kapitalisten, so sind die großen Bazarinhaber Diebe (!), welche die Arbeiter um den Lohn ihrer Arbeit betrügen und die kleinen Lohndiener ruiniren. Man wird doch nicht von einer Arbeit der Altklerikale und Obligationäre der Eisenbahnen, Bergwerke, Hochöfen, Banken, eines Konvove oder eines Bon-Marché sprechen wollen! Nur dieser Besitz soll zerstört werden; diejenigen der kleinen in den Städten und auf dem Lande aber wird man ehren und ihnen anerkennen. Nur der Schmarotzer muß weichen, derjenige, der ohne zu arbeiten vom Boden lebt, wie der Kapitalist. Zum Schluß kam der Redner auf die Vorwürfe zu sprechen, welche seiner Partei wegen ihres Internationalismus gemacht werden. Also der Internationalismus ist ein Verbrechen, die Bourgeois aber, welche seit der Revolution Frankreich zweimal vom Feinde überziehen ließen, schmählich Elend-Verbrechen (!) abtraten und förmlich politischen Ausbeutern vom Schlage der Sozialisten und Herz die nationale Ersparnis ausliefern, die nationale Arbeit anvertrauen, das sind Patrioten! Nein! Die französische Arbeiterpartei ist die allein wahrhaft patriotische, weil sie allein aus dem erniedrigten

—, per Oktober 14,47½, per Dezember
14,22¼. Schwach.
Hamburg. 31. Juli, Vormittags 11 Uhr.
Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average
Santos per Juli —, per September 79,50,
per Dezember 76,50, per März 74,50.
Ruhig.
Best. 31. Juli, Vorm. 11 Uhr. Fro-
bustenmarkt. Weizen loco Han, ver-
Hecht 7,79 G., 7,85 B., per Frühjahr 8,15 G.,
8,17 B. Hafer per Herbst 6,67 G., 6,69 B.
Mais per August-September 4,94 G., 4,96 B.
per Mai-Juni (1894) 5,30 G., 5,32 B. Kohn-
raps per August-September 15,80 G., 15,90 B.
— Wetter: Regen.
London. 31. Juli, 2 Uhr 15 Minuten.
Kupfer, Chili bars good ordinary brands
42 Sfr. — Sh. — d. Zinn (Strait) 82 Sfr.
17 Sh. 6 d. Zink 17 Sfr. 15 Sh. — d.
Blei — Sfr. — Sh. — d. Kobaltein
Wied. münch. mensur. 42 Sfr. 2

Glasgow, 31. Juli, Vormittags 11

Telegraphische Depeschen.
Berlin, 31. Juli. In der morgigen Sitzung

des Reichstagskollegiums wird über die Anträge an die Reichsregierung bezüglich der vor dem 25.

Wien, 31. Juli. Privatberichte, welche hier aus Rom eingetroffen, besagen, daß die Cholera in Neapel herrsche. In der ersten Hälfte des Juli seien fünf mit tödlichem Ausgang verlaufene Cholerafälle vorgekommen. In der zweiten Hälfte des Juli habe sich die Zahl der Erkrankungen vermehrt. Der am 22. Juli erfolgte Tod des päpstlichen Garaciani an der Cholera habe allseits auf die obersten Kreise der Stadt gewirkt und zahlreiche veranlaßt, vor der Krankheit zu flüchten. Am 24. Juli sei ein Matrose, am 25. Juli ein Matrose des Panzerschiffes „Umberto Primo“ aus

er Cholera erkrankt; am 26. seien bereits 20
Erkrankungen konstatiert worden; ferner sei aber

Paris, 31. Juli. Die französische Presse bespricht mit sichtlichem Belagen die Einführung des Maximaltarifs durch Rußland und sagt, der Vorkriegsstand werde Deutschland zum Schaden gezeihen. Zur landwirtschaftlichen Krisis tritt eine industrielle Krisis hinzu, welche dem Sozialismus neue Mittel zur Propaganda gibt.

Rom, 31. Juli. Ueber die heisse Stadt ist ein äußerst heftiges Unwetter niedergegangen, die tiefer gelegenen Straßen sind stark überflutet und mehrere Gebäude durch das eindringende Wasser eingestürzt.

London, 31. Juli. Die Königin von Schweden verabschiedet heute Abends glücklich den

inwesenheit des deutschen Kaisers ein glänzendes

te im indischen Saal zu Osborne. Demselben
erben u. A. auch der deutsche Volschaffter
von Nagasaki, Lord Roiseherr, Salschaffter
und andere hervorragende politische Persönlichkeiten
einwohnen.

London, 31. Juli. Aus Bangkok wird ge-
meldet, Admiral Humann sei in Ko-Si-Chang am
Vord der „Triumphhant“; fünf andere Schiffe
halten die Flotille anvertraut. Die Handelskor-
respondenz wird über die Landwege befördert.

An Vord eines aus Hongkong kommenden
Dampfers befanden sich 400 Chinesen, die Fran-
sen erlaubten deren Ausweisung in Bangkok.

Petersburg, 31. Juli. Aus Aurst ist die
Nachricht eingetroffen, daß der erste Director des

...rtigen Kreditbank nebst seiner Geliebten nach

Frankreich durchgegangen sei. Vorher hatte derselbe die von ihm verwaltete Bank um 300 000 Rubel gebracht, indem er eine Anweisung mit gesicherten Unterschriften sich eingezo gen. Das Geld der Flüchtige zum größten Theil in Baar entnommen haben. Der Flüchtige ist ein Arzt.

für Dienstag, den 1. August.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden,	29. Juli,	—	0,54
Meiße.	—	Elbe bei Magdeburg,	29. Juli,
0,53	Meiße.	—	Unfernt bei Straußfurt,
0,51	Doß.	—	

reslau, 29. Juli, Oberpegel + 5,00 Meter.

interpegel — 0,06 Meter. — Warthe bei
osen, 29. Juli, + 0,58 Meter. — Meys
i Ufch, 28. Juli, + 0,54 Meter.
Beichfel bei Thorn, 27. Juli, + 1,40 Meter.

Berlin, den 31. Juli 1893.		Fremde Fonds.		Verkehr- und Gütergesellschaften.		Eisenbahn-Stamm-Aktien.		Bank-Papiere.	
Deutsche Fonds, Baus- und Realcreditbriefe. A. f. d. A. 107,000 B. f. d. A. 107,000 C. f. d. A. 107,000 D. f. d. A. 107,000 E. f. d. A. 107,000 F. f. d. A. 107,000 G. f. d. A. 107,000 H. f. d. A. 107,000 I. f. d. A. 107,000 J. f. d. A. 107,000 K. f. d. A. 107,000 L. f. d. A. 107,000 M. f. d. A. 107,000 N. f. d. A. 107,000 O. f. d. A. 107,000 P. f. d. A. 107,000 Q. f. d. A. 107,000 R. f. d. A. 107,000 S. f. d. A. 107,000 T. f. d. A. 107,000 U. f. d. A. 107,000 V. f. d. A. 107,000 W. f. d. A. 107,000 X. f. d. A. 107,000 Y. f. d. A. 107,000 Z. f. d. A. 107,000		Deutsche Fonds. A. f. d. A. 107,000 B. f. d. A. 107,000 C. f. d. A. 107,000 D. f. d. A. 107,000 E. f. d. A. 107,000 F. f. d. A. 107,000 G. f. d. A. 107,000 H. f. d. A. 107,000 I. f. d. A. 107,000 J. f. d. A. 107,000 K. f. d. A. 107,000 L. f. d. A. 107,000 M. f. d. A. 107,000 N. f. d. A. 107,000 O. f. d. A. 107,000 P. f. d. A. 107,000 Q. f. d. A. 107,000 R. f. d. A. 107,000 S. f. d. A. 107,000 T. f. d. A. 107,000 U. f. d. A. 107,000 V. f. d. A. 107,000 W. f. d. A. 107,000 X. f. d. A. 107,000 Y. f. d. A. 107,000 Z. f. d. A. 107,000		Verkehr- und Gütergesellschaften. A. f. d. A. 107,000 B. f. d. A. 107,000 C. f. d. A. 107,000 D. f. d. A. 107,000 E. f. d. A. 107,000 F. f. d. A. 107,000 G. f. d. A. 107,000 H. f. d. A. 107,000 I. f. d. A. 107,000 J. f. d. A. 107,000 K. f. d. A. 107,000 L. f. d. A. 107,000 M. f. d. A. 107,000 N. f. d. A. 107,000 O. f. d. A. 107,000 P. f. d. A. 107,000 Q. f. d. A. 107,000 R. f. d. A. 107,000 S. f. d. A. 107,000 T. f. d. A. 107,000 U. f. d. A. 107,000 V. f. d. A. 107,000 W. f. d. A. 107,000 X. f. d. A. 107,000 Y. f. d. A. 107,000 Z. f. d. A. 107,000		Eisenbahn-Stamm-Aktien. A. f. d. A. 107,000 B. f. d. A. 107,000 C. f. d. A. 107,000 D. f. d. A. 107,000 E. f. d. A. 107,000 F. f. d. A. 107,000 G. f. d. A. 107,000 H. f. d. A. 107,000 I. f. d. A. 107,000 J. f. d. A. 107,000 K. f. d. A. 107,000 L. f. d. A. 107,000 M. f. d. A. 107,000 N. f. d. A. 107,000 O. f. d. A. 107,000 P. f. d. A. 107,000 Q. f. d. A. 107,000 R. f. d. A. 107,000 S. f. d. A. 107,000 T. f. d. A. 107,000 U. f. d. A. 107,000 V. f. d. A. 107,000 W. f. d. A. 107,000 X. f. d. A. 107,000 Y. f. d. A. 107,000 Z. f. d. A. 107,000		Bank-Papiere. A. f. d. A. 107,000 B. f. d. A. 107,000 C. f. d. A. 107,000 D. f. d. A. 107,000 E. f. d. A. 107,000 F. f. d. A. 107,000 G. f. d. A. 107,000 H. f. d. A. 107,000 I. f. d. A. 107,000 J. f. d. A. 107,000 K. f. d. A. 107,000 L. f. d. A. 107,000 M. f. d. A. 107,000 N. f. d. A. 107,000 O. f. d. A. 107,000 P. f. d. A. 107,000 Q. f. d. A. 107,000 R. f. d. A. 107,000 S. f. d. A. 107,000 T. f. d. A. 107,000 U. f. d. A. 107,000 V. f. d. A. 107,000 W. f. d. A. 107,000 X. f. d. A. 107,000 Y. f. d. A. 107,000 Z. f. d. A. 107,000	

Größe größe in Milli- metern.	Preis für Stück von 1 m Stange
150	1 75
175	2
200	2 90
225	3 75
250	3 75
300	3 80
350	4 30
400	5 00
450	5 50
500	6 50
600	8 50
700	11
800	13
900	15
1000	18
1100	28
1200	41
1500	60
250/375	20
300/450	4 5
350/525	6
400/600	6 50
450/750	6 50
600/900	12
700/1050	13
800/1200	22
1000/1500	35